

„Volksgemeinschaft der Frauen“? Diskurse und Strategien deutschnationaler Geschlechterpolitik in Österreich 1918–1938

Johanna Gehmacher

Wer über Nationalismus schreibt, ist schnell auf das Problem von Allgemeinem und Besonderem verwiesen. Denn wenn man nicht an die (ohnedies notwendig immer falschen) Selbstverständlichkeiten im eigenen Land anknüpft, stellt sich bald das Problem, daß Nationalismus zwar ein internationales Phänomen ist, sich aber in jedem Land spezifisch darstellt – nicht zuletzt darum, weil eine zentrale Strategie des Nationalismus ja in der Behauptung der Unverwechselbarkeit der jeweiligen „Nation“ liegt. Man scheint bisweilen vor der schwierigen Alternative zu stehen, nur das scheinbar Besondere entweder erklären zu können, oder aber unzulässige Verallgemeinerungen über „den Nationalismus“ zu treffen. Ich hoffe, daß die Darstellung eines Aspekts der spezifischen österreichischen Geschichte, die ich im folgenden versuchen werde, als Frage gelesen werden kann – als Frage, welche Strukturen sich auch in anderen Ländern finden und wie die unterschiedlichen Verhältnisse miteinander verglichen werden können.¹

Das Besondere am Nationalismus in Österreich zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem „Anschluß“ an NS-Deutschland läßt sich vielleicht an einer eigenartigen Vermeidung verdeutlichen: Jenes autoritäre Regime, das zwischen 1933 und 1938 den Erhalt des österreichischen Staates zum zentralen politischen Ziel gemacht hat, bezeichnete sich selbst als „vaterländisch“ und mied den Begriff „national“ geradezu. Das lag daran, daß dieser Begriff in der politischen Öffentlichkeit gänzlich von jenen deutschnationalen Gruppen besetzt war, die den „Anschluß“ an Deutschland forderten und daher im Bezug auf Österreich eigentlich als Anti-Nationale bezeichnet werden müßten. Um die letztgenannten deutschnationalen Gruppen, die im Laufe der dreißiger Jahre

¹ Die folgenden Überlegungen entstanden im Kontext eines Forschungsprojektes zum Thema „Deutschnationalismus österreichischer Frauen (1918–1938)“. Dieses Projekt stand unter der Leitung von Univ.Prof. Dr. Edith Saurer und wurde vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank finanziert. Vgl. auch eine Vorfassung dieses Textes: Johanna Gehmacher, *Le nationalisme allemand des femmes autrichiennes et l'ideologie de „communauté ethnique“*, in: Marie-Claire Hoock-Demarle Hg., *Femmes, Nations, Europe*, Paris 1995, 95–106.

größtenteils in der (illegalen) nationalsozialistischen Bewegung aufgingen, soll es aber im folgenden gehen.

Die Frage, welche Rolle Frauen im Nationalsozialismus – als Bewegung wie als Herrschaftssystem – gespielt haben, stand in den späten achtziger Jahren im Mittelpunkt einer heftigen und äußerst kontroversiellen Debatte. Dabei erwies sich immer wieder ein undifferenzierter Blick auf „die Frauen“ als besonders problematisch. Dies nicht zuletzt deshalb, weil auch das politische System, von dem die Rede ist, eine Verallgemeinerung über „die Frauen“ getroffen hat – eine andere freilich und dazu eine rassistische. Anliegen dieses Aufsatzes ist es, am Beispiel einer Vorfeldbewegung des Nationalsozialismus zu untersuchen, welche Frauen sich in eine solche Bewegung in welcher Weise integrierten, welche Anknüpfungspunkte für ihre spezifischen Probleme sich ihnen boten und wie sie diese Bewegung mittrugen. Ich werde dabei in vier Schritten vorgehen: Zuerst möchte ich einige allgemeine Bemerkungen zu „nationaler Identität“ und Deutschnationalismus in Österreich nach 1919 machen und dann die krisenhafte Entwicklung des Geschlechterverhältnisses auf ökonomischer wie auf politischer Ebene skizzieren. In einem dritten Schritt versuche ich zu zeigen, wie die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ gerade für die bedrohten Mittelschichten zur Gesellschaftsutopie werden konnte, im vierten und letzten Schritt untersuche ich schließlich, wie Frauen die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ mit ihren Konzepten von Arbeit aber auch von Identität zu verknüpfen suchten.

Die Krise der nationalen Identität

„Österreich ist das, was übrigbleibt.“ – Die Authentizität dieser dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau zugeschriebenen Äußerung bei den Friedensverhandlungen in St. Germain 1919 wurde wohl zurecht bezweifelt. Die Bedeutung des Satzes liegt denn auch vielmehr in seiner häufigen Zitierung in der Öffentlichkeit der zumindest von ihren meinungsbildenden Schichten so wenig geliebten ersten österreichischen Republik: Im wehleidigen Verweis auf die Fremdbestimmung trafen sich jene, die der verfallenen Größe des Habsburgerreiches nachtrauerten, mit jenen, die – mit durchaus unterschiedlichen Begründungen – Österreich zum Teil eines größeren Deutschland machen wollten. Als unbenennbarer Rest fühlte man sich beiseite geschoben – als das, was übrigbleibt, wenn alle nationalen Selbstbestimmungen geschehen sind. Die Kränkung wurde zum Topos, zur negativen Identität – vielleicht der einzigen nationalen Identität, die Österreich in der Zeit der Ersten Republik hatte. Während allerdings die Habsburger-Restauration nicht nur außenpolitisch chancenlos, sondern auch innenpolitisch alles andere als konsensfähig war, gewann die Forderung nach dem (in den Friedensverträgen verbotenen) Anschluß an Deutschland breiteste Relevanz.

Die Berufung auf die „deutsche“ Identität des Landes war in Österreich nach 1918 parteienübergreifend. Die deutschnationale und anti-

klerikale Großdeutsche Volkspartei (GDVP) hatte den Anschluß Österreichs an Deutschland zu ihrem bestimmenden politischen Ziel gemacht, aber auch die österreichischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen forderten bis 1933 diesen Zusammenschluß – wenn sie auch ganz andere Hoffnungen damit verbanden. Selbst die katholisch-konservativen Christlichsozialen, die den Anschlußgedanken mit viel größerer Ambivalenz formulierten, sahen die österreichische Mission ihres konkurrenzfaschistischen „Ständestaates“ zwischen 1933 und 1938 nicht zuletzt darin, zu zeigen, daß Österreicher und Österreicherinnen die besseren Deutschen seien.² War somit fast jede Manifestation „nationaler“ Identität durch politische Organisationen mit dem Begriff „deutsch“ verbunden, kann gerade deshalb keine homogene politische Zielsetzung mit dieser „deutschen“ Orientierung in Zusammenhang gebracht werden. Während sich die großen politischen Parteien, die sozialdemokratische und die christlichsoziale Partei, nach dem Anschlußverbot durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges mit den Gegebenheiten abfanden und – wenngleich unter heftigen Konflikten und mit vielen Rückschlägen – bis Anfang der dreißiger Jahre den Aufbau einer demokratischen Ordnung und eines sozialen Systems voranzutreiben suchten, etablierte sich zugleich eine Bewegung, die sich selbst als „national“, zum Teil auch als „völkisch“ bezeichnete und ihre deutschnationalen Forderungen mit der Entwertung und Ablehnung des bestehenden demokratischen Staates verband. Die GDVP bewegte sich in einem komplizierten Spannungsfeld zwischen diesen Polen: Als Mehrheitsbeschafferin der Christlichsozialen in einer bürgerlichen Koalitionsregierung trug sie die ganzen zwanziger Jahre über den demokratischen Staat mit. Ihre Wähler und Wählerinnen allerdings rekrutierten sich nicht zuletzt aus jenen „völkischen“ Gruppen, die den österreichischen Staat und seine demokratische Verfassung ablehnten. Interpretiert man die Bestrebungen der „völkischen“ als Reaktion auf die umfassende wirtschaftliche und politische Krise des Landes, so darf ihr Beitrag zu eben dieser Krise nicht unterschätzt werden: Nicht nur die „völkische“ Bewegung, auch die GDVP ging in den dreißiger Jahren fast vollständig in der wachsenden illegalen nationalsozialistischen Partei auf, die ihrem Ziel der Zerstörung des österreichischen Staates bald nicht einmal mehr den Schein demokratischer Legitimierung verlieh.³

² Zur diesbezüglichen Programmatik der einzelnen politischen Parteien vgl. u. a. Andreas Lüer, *Die nationale Frage in Ideologie und Programmatik der politischen Lager Österreichs 1918–1933*, Diss., Wien 1985.

³ Grundlegend zu den Parteien des deutschnationalen „Lagers“: Isabella Ackerl, *Die großdeutsche Volkspartei 1920–1934. Versuch einer Parteigeschichte*, Diss., Wien 1967; Günther R. Burkert, *Der Landbund für Österreich*, in: Emmerich Tálos u. a. Hg., *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien 1995, 207–217; Francis L. Carsten, *Faschismus in Österreich*, München 1978; Thomas Dostal, *Die Großdeutsche Volkspartei*, in: Tálos Hg., *Handbuch*, ebd., 195–206; Adam Wandruszka, *Das „nationale Lager“*, in: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik Hg., *Österreich 1918–1938: Geschichte der 1. Republik*, I, Graz/Wien 1983, 277–315.

Die Krise des Geschlechterverhältnisses

Der Konsens über die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen Frauen und Männern brach in Österreich im Zuge des verspäteten und daher besonders krisenhaften Industrialisierungsprozesses des ausgehenden 19. Jahrhunderts auseinander. Unmittelbaren Ausdruck fand dies im Entstehen einer aktiven und breit diskutierten Bewegung für die politische Gleichstellung der Frauen. Freilich zeigten sich auch die Schwächen dieser Bewegung schon von Beginn an in ihrer Spaltung entlang von Klassen- und Nationalitätengrenzen.⁴ 1918, bei der Gründung der Republik, stand zwar nach den radikalen Veränderungen des Geschlechterverhältnisses im Krieg⁵ das Wahlrecht für Frauen außer Diskussion. Doch während nun alle Parteien in ihrer Propaganda um die Stimmen der weiblichen Bevölkerungsmehrheit warben, entstand nicht nur eine aggressive frauenfeindliche Gegenbewegung „verstörter Männer“⁶. Die proletarische und die bürgerlich-liberale Frauenbewegung gerieten auch aufgrund ihrer je eigenen Prämissen in die Krise.⁷ Die bürgerlichen Frauen hatten sich so sehr auf die Durchsetzung des Frauenwahlrechts konzentriert, daß ihnen nun fast jegliches Instrumentarium einer weiterreichenden Gesellschaftskritik zu fehlen schien. Im

4 Zur bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung vor 1918 im deutschsprachigen Teil der Monarchie vgl. u. a. Harriet Anderson, *Utopian Feminism. Women's Movements in fin-de-siècle Vienna*, New Haven/London 1992; Elisabeth Guschlbauer, *Der Beginn der politischen Emanzipation der Frau in Österreich (1848–1919)*, Diss., Salzburg 1974; Hanna Hacker, *Frauen und Freundinnen. Studien zur „weiblichen Homosexualität“ am Beispiel Österreich 1870–1938*, Weinheim/Basel 1987; Karin Jušek, *Auf der Suche nach der Verlorenen. Die Prostitutionsdebatten im Wien der Jahrhundertwende*, Wien 1994; Christa Vogt, *Frauenemanzipation und Reformismus. Untersuchungen zur Kritik der Sozialdemokratischen Frauenbewegung in Österreich im Kontext der sozialdemokratischen Frauenemanzipationstheorien*, Diss., Salzburg 1977; Verena Pawlowsky u. a., „In natürlicher Weise nicht befriedigte Frauen.“ Zur Geschichte der Frauenwahlrechtsbewegung in Österreich, in: *Falter* 7 (1989), 9; Birgitta Zaar, *Dem Mann die Politik, der Frau die Familie – die Gegner des politischen Frauenstimmrechts in Österreich (1848–1919)*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 16, 4 (1987), 351–361; dies., *Vergleichende Aspekte der Geschichte des Frauenstimmrechts in Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Österreich, Deutschland und Belgien, 1860–1920*, Diss., Wien 1994.

5 Vgl. dazu Helga Embacher, *Der Krieg hat die „göttliche Ordnung“ zerstört! Konzepte und Familienmodelle zur Lösung von Alltagsproblemen nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Zeitgeschichte*, 15, 9/10 (1988), 347–361.

6 Vgl. Alfred Pfoser, *Verstörte Männer und emanzipierte Frauen. Zur Sitten- und Literaturgeschichte der Ersten Republik*, in: Franz Kadrnoska Hg., *Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938*, Wien/München/Zürich 1981, 205–222.

7 Vgl. zur sozialistischen und zur bürgerlich-liberalen Frauenbewegung nach 1918, sowie zu Frauen in politischen Parteien u. a. Hanna Hacker, *Staatsbürgerinnen*, in: Kadrnoska, *Aufbruch*, wie Anm. 6, 225–245; Gabriella Hauch, *Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919–1933*, Wien 1995; dies., *Frauenbewegungen – Frauen in der Politik*, in: Tálos Hg., *Handbuch*, wie Anm. 3, 277–291; Edith Prost Hg., *„Die Partei hat mich nie enttäuscht...“ Österreichische Sozialdemokratinnen*, Wien 1989; Irene Schöffmann, *Die bürgerliche Frauenbewegung im Austrofaschismus. Eine Studie zur Krise des Geschlechterverhältnisses am Beispiel des Bundes österreichischer Frauenvereine und der Katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien*, Diss., Wien 1986.

Anspruch, „über den Parteien“ zu stehen, wahrten sie zwar ihre Position grundsätzlicher Gesellschaftskritik, blieben aber realpolitisch machtlos. Die Sozialdemokratinnen partizipierten zwar durch ihre Partei an der Macht. Mit der Auflösung der Frauenorganisationen nach 1918 verloren sie aber ihre wichtigste Basis zur Durchsetzung ihrer Ziele innerhalb der Partei und wurden zunehmend auf jenen Reformkurs festgelegt, der nicht nur eine Familialisierung der Arbeiterschaft, sondern vor allem erhöhte Anforderungen an die Arbeiterfrauen als Hausfrauen bedeutete.⁸ War Geschlecht nun de jure kein Kriterium politischer Berechtigung oder Nichtberechtigung mehr, so blieb es in der Praxis der von Männern dominierten politischen Öffentlichkeit ein Kriterium der Ausgrenzung. Politisches Engagement von Frauen mußte dieser Ambivalenz in irgend einer Weise begegnen. Im Versuch einer spezifischen Frauenpolitik hielten Frauen selbst das Geschlecht als politische Kategorie aufrecht. Nahmen sie die gesetzliche Aufhebung der Kategorie Geschlecht im Feld des Politischen in Anspruch, bedeutete das vielfach eine Verleugnung ihrer faktischen Ausgrenzung. Dieses politische Dilemma ruhte auf einem doppelten gesellschaftlichen Dilemma.

Auf der Ebene der Identitätsbildungsprozesse waren Frauen in Zuschreibungen gefangen: Die Geschichte des Entwurfs des bürgerlichen männlichen Individuums ist zugleich eine Geschichte der Projektion all dessen, was dieser männlichen Einheit mit sich selbst nicht verdaulich war, auf die Frauen. Damit waren Frauen nicht nur definiert, bevor sie sich selbst bestimmen konnten, ihnen fehlte auch jener Spiegel des anderen Geschlechts, vor dem sie sich selbst hätten entwerfen können. Der Umgang mit diesem Mangel blieb in beiden Flügeln der Frauenbewegung ambivalent. Hatten die bürgerlichen Frauen in die Berufe gedrängt, so retteten sie ihre Konzepte nun zunehmend in eine Professionalisierung der Mutterschaft. Das sozialdemokratische Modell einer „kameradschaftlichen“ Geschlechterbeziehung hingegen kaschierte nur die zu Lasten der Frauen gestiegenen Reproduktionsanforderungen. Auf der Ebene des Arbeitsmarktes konkurrierten bürgerliche wie proletarische Frauen mit Männern als formal Gleiche, wiewohl die Bedingungen, auf denen sie aufbauen mußten, ungleich blieben: Zum einen waren ihnen gleiche Bildungschancen noch lange verwehrt, zum anderen expandierten die Anforderungen im Reproduktionsbereich für Frauen fast aller Schichten. Denn parallel zur Familialisierung der Arbeiterschaft verarmte eine breite bürgerliche Mittelschicht nach 1918. Viele der betroffenen Frauen suchten durch Mehrarbeit im Haushalt Standards aufrecht zu erhalten, für die keine Mittel mehr vorhanden waren. Vielfach als erste Generation von Frauen in ihren Familien auf den Arbeitsmarkt gezwungen, waren sie häufig mit Vätern, Brüdern und Ehemännern konfrontiert, denen das Festhalten an traditionellen Geschlechterverhältnissen als letzte symbolische Barriere gegen ihre Deklassierung erschien. Viele dieser Frauen wichen in die Heimarbeit aus, in einen Bereich also, der zum einen (oft auch für ihre Männer) weitgehend unsichtbar blieb, in dem zum anderen die Verdienstmöglichkeiten und

8 Vgl. Monika Bernold u. a., *Familie – Arbeitsplatz oder Ort des Glücks? Historische Schnitte ins Private*, Wien 1990.

die Arbeitsbedingungen schlecht und Chancen auf einen organisierten Arbeitskampf praktisch nicht gegeben waren.⁹

Die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ als Gesellschaftsutopie

Die „völkischen“ und deutschnationalen Ideologen und Ideologinnen in Österreich¹⁰ negierten den bestehenden Staat nicht nur in seinen äußeren Grenzen, sondern suchten auch seine innere Struktur ideologisch aufzuweichen. Gerade weil über den Bruch zwischen „nationaler“ Identität und staatlichem Territorium ein breiter Konsens herrschte, stand der Diskurs über die Frage nationaler Grenzen, auch für die Einschreibung gesellschaftspolitischer Zielsetzungen offen. Die deutschnationale Ideologie der „Volksgemeinschaft“ wies weit über die Forderung nach einem nationalen Selbstbestimmungsrecht hinaus. In ihr waren innenpolitische und außenpolitische Zielsetzungen untrennbar verknüpft. So wurden nicht nur in rassistischen Kategorien die Grenzen des „Volkes“ definiert, es wurde auch postuliert, wie das so konstituierte „Volk“ im Inneren strukturiert sein sollte: als „Gemeinschaft“. Klientel der „völkischen“ Organisationen wie auch der GDVP waren einerseits jene Gruppen des Mittelstandes, die durch den Zerreißungsprozeß zwischen Kapitalkonzentration und Proletarisierung bedroht waren, andererseits die ehemalige, fast ausschließlich deutschsprachige Beamtenschaft der Monarchie, die in der Republik größtenteils entlassen, zumindest aber in ihrem Status entwertet wurde.¹¹

Diesen erwerbslosen oder zumindest deklassierten Schichten wurde nun mit dem Schlagwort der „Volksgemeinschaft“ ein Gesellschaftsmodell angeboten, in dem soziale Konflikte in „organische“ Funktionsbeziehungen aufgelöst zu sein schienen. In der propagierten „ständischen“ Gesellschaftsordnung sollte die politische Willensbildung durch eine Regierung der „Experten“ und einen aus Vertretern der verschiedenen Wirtschaftszweige zusammengesetzten „Wirtschaftsrat“, der vorerst als zweite Parlamentskammer gedacht war, stattfinden.¹² In diesem Konzept waren die Mechanismen der wirtschaftlichen Konkurrenz ebenso suspendiert wie das demokratische Prinzip des Wahlrechts. Legitimierte sich das „ständische“ Modell zunehmend über den Begriff „Volkskörper“, so verweist dies auf die rassistisch konstituierten Grenzen der „Volksgemeinschaft“: Die Fremden, die Anderen waren in der Ideologie

9 Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Johanna Gehmacher, „Volksgemeinschaft“ der Frauen? Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich 1918–1938. Unveröffentlichter Projektbericht, Wien 1996, Kapitel: „Heimlichkeit Heimarbeit“.

10 Grundlegend zu deren ideologischen Konstruktionen: Rudolf Ardel, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich 1919–1930, Salzburg 1972.

11 Zur Charakteristik der GDVP als „Mittelstands- und Beamtenpartei“ vgl. Wandruszka, Das „nationale Lager“, wie Anm. 3, 282.

12 Vgl. Ackerl, Die großdeutsche Volkspartei, wie Anm. 3, 195–198.

der „Volksgemeinschaft“ in erster Linie „die Juden“.¹³ Nur so gelang es, „nationale“ Grenzen ins Innere der bestehenden Gesellschaft zu verlegen und damit eine Möglichkeit zur Transformation divergierender sozialer Interessen in ein „nationales“ Interesse zu finden: Arbeiterbewegung wie kapitalistische Ausbeutung erschienen aus dieser Perspektive als „jüdische“ Angriffe auf ein zunehmend durch das „Blut“ definiertes „deutsches Volk“; die angestrebte „Volksgemeinschaft“ läßt sich verstehen als eine Strategie der Harmonisierung, die über die Projektion unlösbarer Konflikte auf ein imaginiertes „Gegenvolk“ funktionierte.¹⁴ Es ging nicht nur darum, daß die Österreicher und Österreicherinnen „Deutsche“ sein sollten, sondern auch darum, wer in Österreich „deutsch“ war. Deutschnationalismus in Österreich wird daher nur verständlich, wenn man seine untrennbare Verbindung mit dem Rassenantisemitismus im Begriff der „Volksgemeinschaft“ analysiert.

Deutschnationale Geschlechterpolitik in Österreich

Das „organische“ Gesellschaftsmodell der „Volksgemeinschaft“ schien Auswege nicht nur aus der nationalen Identitätskrise, sondern auch aus der Krise des Geschlechterverhältnisses anzubieten. Für Männer galt das aus leicht nachvollziehbaren Gründen: Mit dem Argument der „natürlichen Ordnung“ konnten die unruhig gewordenen Frauen auf „ihren“ Platz verwiesen werden. Doch auch für Frauen bot dieses Modell auf mehreren Ebenen Identifikationsmöglichkeiten. So hieß eine der wichtigsten deutschnationalen Frauenorganisationen „Verband deutscher Frauen 'Volksgemeinschaft'“. Es handelte sich dabei um einen Verein, der von Politikerinnen aus der GDVP gegründet worden war, um auch Frauen zu organisieren, die nicht ohne weiteres in die Parteipolitik zu integrieren waren. Die GDVP selbst lag hinsichtlich der Aufteilung der Wähler- und Wählerinnenstimmen nach dem Geschlecht im Mittelfeld: Die Frauen waren unter ihnen knapp unterrepräsentiert. Sie kann jedoch nicht – wie etwa die kommunistische Partei – als „Männerpartei“ bezeichnet werden.¹⁵ Der Verband deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“

13 So druckte die Parteizeitung der GDVP schon 1923 in einer Artikelserie Auschnitte aus dem antisemitischen Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“ ab. Vgl. Deutsche Zeit, 20. April 1923 und 1. Juni 1923.

14 Zur Theorie des „Gegenvolks“ vgl. Wolfgang F. Haug, Annäherung an die faschistische Modalität des Ideologischen in: Faschismus und Ideologie 1, Berlin 1980, 44–80, hier 73f. Mit Bezug auf Österreich: Karl Stuhlpfarrer, Antisemitismus, Rassenpolitik und Judenverfolgung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg, in: Anna Drabek u. a., Das österreichische Judentum: Voraussetzungen und Geschichte, Wien/München 1982, 141–164.

15 Bei den Wahlen 1930 stimmten in Wien 69.243 Frauen und 55.132 Männer für den „Nationalen Wirtschaftsblock“, in dessen Rahmen die GDVP kandidierte. Bei den Wiener Gemeinderatswahlen 1932, als die GDVP bereits zu einer Splitterpartei herabgesunken war, erreichte sie unter den gültig abstimmenden Frauen 0,73 Prozent, unter den Männern 0,81 Prozent. Damit kamen etwa 53,1 Prozent der Stimmen für die GDVP von Frauen. Die Anteil der Frauen an den Wahlberechtigten betrug dagegen 55,79 Prozent. Bei denselben Wiener Wahlen erreichten die Kommunisten unter den abstimmenden Frauen nur 1,4 Prozent (8.992 Frauenstimmen), unter den abstimmenden

war nicht nur Vorfeldorganisation der GDVP, er läßt sich auch als Selbsthilfeorganisation von Mittelschichtsfrauen beschreiben, die hier die Beschaffung verbilligter Lebensmittel ebenso kollektiv organisierten wie die (oft heimliche) Heimarbeit. In den Publikationen des Verbandes¹⁶ wird deutlich, wie unterschiedlich Männer und Frauen der Mittelschicht von der Verarmung getroffen wurden. Denn der geringere Wert verdienten Geldes wurde erst an seiner Umwandlung in Gebrauchswerte im Haushalt deutlich.¹⁷ Nun konnten aber nicht nur viele Produkte nicht mehr angeschafft, sondern vor allem keine Bediensteten mehr angestellt werden, und die Arbeitsanforderungen an die Mittelschichtsfrauen wuchsen von zwei Seiten: Sie mußten zum einen oft zum Gelderwerb maßgeblich beitragen, zum anderen mußten sie immer mehr Arbeit im Haushalt ohne Hilfe bewältigen. Für ihre Ehemänner dagegen war die Wertminderung ihres Einkommens nicht nur fast immer durch die Mehrarbeit ihrer Frauen gemildert, sie mußten sich auch den Ursachen dafür nicht unbedingt direkt stellen – hing doch der „Wert“ des Geldes ganz wesentlich von der Qualität jener Arbeit ab, durch die es in Gebrauchswerte verwandelt wurde – von der Arbeit der Hausfrauen also zumeist. Was im Verband deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“ sichtbar wird, ist eine Strategie tendenzieller Kollektivierung der Krisenbewältigung unter Frauen, die auf drei Voraussetzungen beruhte: Die kollektive Selbsthilfe war auf die Gruppe der „deutschen“ (und das meinte „arischen“) Frauen beschränkt, und die Verlagerung des Aufwands zur Erhaltung „bürgerlicher“ Verhältnisse auf die Haushalte wurde ebenso wenig kritisiert wie die grundsätzliche Zuständigkeit der Frauen für diesen Bereich. Vielmehr versuchten deutschnationale Politikerinnen gerade über den Begriff der „Hauswirtschaft“ einen spezifischen Zugang von Frauen zu politischen Entscheidungen zu gewinnen. Sie sahen die Hausfrauen nicht nur als „Stand“, sondern meinten darüberhinaus, daß bei ihnen der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ mehr als irgendwo sonst zum Ausdruck käme. Denn zwischen „Hausfrauen aller Bevölkerungsschichten“ bestünde eine „Interessengemeinschaft“, während die Männer „oft in erbittertem Kampfe“ miteinander lägen.¹⁸ Im Rahmen des von der Großdeutschen Volkspartei angestrebten „Wirtschafts-“ oder „Ständerates“ sollten sie daher als eigener „Stand“ vertreten sein.¹⁹

Männern dagegen 2,48 Prozent (12.821 Männerstimmen). Dieses Schwergewicht männlicher Stimmen für die Kommunisten zeigte sich auch etwa bei den Ergebnissen der Wahlen 1930 (und 1927) in Wien mit 4.415 (3.088) Frauen- und 6186 (4.433) Männerstimmen. Vgl. Robert Danneberg, *Die Wiener Wahlen 1930 und 1932. Statistische Betrachtungen* von Robert Danneberg, Wien 1932, 5, 39, 43f; vgl. Der 24. April und die Frauen, in: *Die Frau*, Juni 1932.

16 Vor allem: *Die deutsche Frau. Mitteilungen des Verbandes deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“*, 1. Jg. 1923–15. Jg. 1938.

17 Vgl. dazu Andrea Eilmeier, *Das gekaufte Glück. Konsumentinnen, Konsumarbeit und Familienglück*, in: Monika Bernold u. a., *Familie*, wie Anm. 8, 165–201.

18 Margarete Miltschinsky, *Die Stellung der politischen Parteien zu den Hausfrauen*, Manuskript, Archiv der Republik: GDVP 247 Mappe 48/p.

19 Margarete Miltschinsky, *Hauswirtschaftskammern*, in: *Wiener Neueste Nachrichten*, 14. März 1928; *Die Hausfrauen und die Verfassungsreform. Für eine Vertretung der Hausfrauen im Ständerat*, in: *Wiener Neueste Nachrichten*, 21. Oktober 1929.

Die großdeutschen Frauen strebten als Berufsvereinigung der Hausfrauen die Bildung von sogenannten „Hauswirtschaftskammern“ an, eine Forderung, die sie auch nach dem Scheitern der Pläne zur Gründung des Bundeswirtschaftsrates nicht aufgaben. Über die Hauswirtschaftskammern sollte zum einen die Bedeutung der Hauswirtschaft für die Volkswirtschaft sichtbar gemacht werden, zum anderen sollten alle in der Hauswirtschaft tätigen Frauen (also auch die Hausgehilfinnen) zum „Bewußtsein ihrer Solidarität“ gebracht werden.²⁰ Die Hauswirtschaftskammern können damit als Versuch von Mittelschichtshausfrauen angesehen werden, den (von sozialdemokratischer Seite forcierten) Lohnkampf mit den Hausgehilfinnen durch eine symbolische Aufwertung des Hausgehilfinnenberufes zu umgehen. Gleichzeitig waren sie durch die geplante Integration auch der erwerbstätigen Hausfrauen als umfassendes Instrument zur Schaffung eines spezifisch weiblichen Politikzugesanges projiziert. Die Forderung danach übernahmen die Frauen der GDVP vom Bund österreichischer Frauenvereine, dem Dachverband der liberal-bürgerlichen Frauenbewegung, mit dessen Vertreterinnen sie freundschaftliche Beziehungen pflegten. Während die bürgerlich-liberalen Feministinnen die Propaganda für die Gründung von Hauswirtschaftskammern bald wieder einstellten,²¹ wurde diese Forderung für die großdeutschen Politikerinnen bald zum zentralen Programmpunkt – konnte damit doch die Forderung nach einer größeren Wertschätzung der Hausarbeit und nach einer Vertretung der Interessen der Frauen als Hausfrauen direkt an das ständische Gesellschaftsmodell ihrer Partei angebunden werden. Damit wird zugleich sichtbar, daß erst im Kontext des Programms der „organisch“ gegliederten „Volksgemeinschaft“ das Modell geschlechtsspezifischer Politikbereiche konkreten Sinn gewann. Ziel dieser Politik war es nicht, die so ins Bewußtsein der politischen Öffentlichkeit gerückte Hausarbeit in die Marktwirtschaft zu integrieren – weder Bezahlung noch eine andere gesellschaftliche Verteilung der Hausarbeit wurde gefordert. Das Ziel war vielmehr eine neue und höhere Bewertung dieser Arbeit.

Auf der Ebene der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bot die Politik der geschlechtsspezifischen Zuständigkeitsbereiche einen Ausweg aus der frustrierenden Konkurrenz als zugleich Gleiche und Ungleiche. Über die Definition „organischer“ Aufgaben konnten Leistungen von Frauen zu politischer Geltung gebracht werden, ohne sie dem Vergleich und damit einer immer schon verlorenen Konkurrenz auszusetzen. Die Politik der Frauen in der GDVP ist gleichwohl mit dieser Einordnung nicht vollständig beschrieben. Denn sie forderten zugleich – ganz in der Tradition der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung – Zugang für Frauen zu allen Berufen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sie agitierten gegen das „Beamtenzölibat“²² und kämpften für die Verbesserung der Ausbildungssituation von Mädchen und Frauen. Um diese grundsätzlichen

20 Vgl. u. a. GDVP-Rednermaterial Nr. 19: Frauenfragen, o. O. o. J. (Wien 1928).

21 Vgl. Schöffmann, Die bürgerliche Frauenbewegung, wie Anm. 7, 134f. Erst im austrofaschistischen „Ständestaat“ wurde diese Forderung von den bürgerlich-liberalen Frauen wieder aufgenommen. Vgl. ebd., 160–179.

22 Zu den Bestimmungen, die verheirateten Frauen eine Beschäftigung in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes erschwerten oder unmöglich machten vgl. Erna Appelt, Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934, Wien 1985, 109–120.

Ansprüche auf gleiche Rechte entstanden heftige innerparteiliche Konflikte. Die großdeutschen Politikerinnen wichen dabei zum einen auf das Argument aus, die „Natur“ würde sich ohnedies durchsetzen: Frauen müßten die Möglichkeit haben, alle Berufe zu ergreifen, damit sie selbst ihre „natürliche Veranlagung“ erkennen könnten.²³ Zum anderen formulierten sie ihren Anspruch auf Ausbildung genau in jenen „Volkstums-kampf“ um, der ein zentrales Anliegen ihrer Partei war: Um zu verhindern, daß nur mehr jüdische Eltern ihre Töchter in die teuren privaten Mädchenmittelschulen schicken könnten, müsse die GDVP der Frauenforderung nach staatlicher Förderung der Mädchenmittelschulen wie nach dem Ausbau der Koedukation zustimmen.²⁴

Dies kann keineswegs nur als strategische Argumentation gegenüber einer unwilligen männlichen Parteileitung verstanden werden. Denn der Begriff „Volksgemeinschaft“ wurde in programmatischen Texten zur zentralen politischen Kategorie erhoben. So formulierte die großdeutsche Politikerin Paula Krauß 1927: „Nicht Männer-, nicht Frauenpolitik wollen wir betreiben, sondern eine Volksgemeinschaftspolitik, denn das Wohl der Gesamtheit geht über alles.“²⁵ Mit dieser Argumentation lehnten die Frauen der GDVP die auf Initiative der bürgerlich-liberalen Frauen gegründeten Frauenpartei ab. Im Begriff der „Volksgemeinschaft“ konstituierten sie ein politisches Ziel, das ihnen Teilhabe an einem imaginierten „Ganzen“ versprach und damit aus jener Krise der Frauenbewegung zu führen schien, wie sie sich für die bürgerlich-liberale Frauenbewegung aus der leer gebliebenen „Gleichberechtigung“, für die sozialdemokratischen Frauen aber aus dem Vorwurf der weiblichen „Sonderinteressen“ ergab. Dieses „Ganze“ war freilich rassistisch definiert – nicht nur in Anpassung an die deutschnationale Ideologie der „Volksgemeinschaft“, sondern auch aus einem spezifischen Interesse von Frauen heraus: Auf der Ebene der Identitätsbildungsprozesse konnten sie an jenem Entwurf partizipieren, der „den Juden“ zunehmend zum universellen Anderen „deutscher“ Identität werden ließ. Was ihnen als Frauen so schwer gelang – ein Selbstentwurf als autonome Subjekte freier Entscheidung –, schien ihnen nun als „deutsche Frauen“ vor dem Gegenbild des „jüdischen Mannes“ möglich zu werden.²⁶ Es zeugt vom Identitätsverlust der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, daß die Frauenpartei durch ein Wahlbündnis mit den Großdeutschen maßgeblich dazu beitrug, daß es 1930 nach vielen Jahren rein männlicher Repräsentanz der GDVP im Parlament wieder eine Frau unter den großdeutschen Abgeordneten gab – Maria Schneider, die bald darauf als illegale Nationalsozialistin die großdeutschen Frauenvereine in Tarnorganisationen nationalsozialistischer Frauengruppen umwandeln sollte.²⁷

23 Z. B. Verbandstag der deutschen weiblichen Angestellten Österreichs, in: Linzer Mittag, 17. März 1922.

24 Vgl. z. B. Verhandlungsschrift des zweiten Reichsparteitages der GDVP, Wien 1921, 71.

25 Paula Krauß, Frauenpartei? in: Wiener Neueste Nachrichten, 3. August 1927.

26 Vgl. zu dieser ideologischen Konstruktion: Johanna Gehmacher, Antisemitismus und die Krise des Geschlechterverhältnisses, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1992), 425–447.

27 Zur Biographie von Maria Schneider vgl. Gabriella Hauch, Vom Frauenstandpunkt aus, wie Anm. 7. Für den Hinweis auf die Bedeutung Maria Schneiders und für die so angenehme und gute Zusammenarbeit in jenen Bereichen, in denen unsere For-

1938, nachdem die Truppen des nationalsozialistischen Deutschland Österreich besetzt hatten, jubelte die Vorsitzende des Verbandes deutscher Frauen „Volksgemeinschaft“, Paula Krauß: „Was wir in unseren kühnsten Träumen nicht zu hoffen wagten, ist Wirklichkeit geworden.“ Sie schloß ihren letzten Aufruf vor der Auflösung des Verbandes mit „dem Bewußtsein erfüllter Pflicht; der Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen der deutschen Volksgemeinschaft gedient zu haben“.²⁸ Mit dieser „Erfüllung“ der politischen Ziele der Deutschnationalen scheint der Begriff „national“ erstmals wieder frei gewesen zu sein für die Verwendung durch andere politische Gruppen. Dies dokumentiert ein 1938 oder 1939 in Frankreich aufgenommenes Photo, auf dem mehrere Frauen zu sehen sind, die ein Transparent mit der Aufschrift „Front National Autrichien“ tragen. Es sind österreichische Kommunistinnen im französischen Exil. Die Kommunistische Partei Österreichs war die erste Widerstandsgruppierung, die die Befreiung Österreichs zum vorrangigsten politischen Ziel erklärte. Das mag ein wenig deutlich machen, wie spät die Entwicklung eines österreichischen Nationalbewußtseins anzusetzen ist, aber auch ein Licht auf die Bedeutung nationaler Integrationsideologien für Widerstandsbewegungen werfen. Geschichte und Implikationen des österreichischen Nationalbewußtseins gälte es freilich – ebenso wie die heute wieder so aktuelle Frage nach dem Verhältnis von Kommunismus und Nationalismus – in einem anderen Text zu klären.

schungsinteressen einander berühren, danke ich Gabriella Hauch herzlich. Vgl. zu Maria Schneider auch Johanna Gehmacher und Gabriella Hauch, Eine „deutsch fühlende Frau“. Die großdeutsche Politikerin Marie Schneider und der Nationalsozialismus in Österreich, in: Frauenleben 1945. Kriegsende in Wien, Katalog zur 205. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1995. Zur Frauenpartei vgl. auch Jutta Pint, Die Österreichische Frauenpartei 1929–1934. Ein Versuch bürgerlich-liberaler Frauen gesellschaftspolitischen Einfluß zu nehmen, Dipl. Arb., Wien 1988.

²⁸ Paula Krauß, An unsere Mitglieder! in: Die deutsche Frau, 15. Juni 1938.